SEPTEMBER 2018

PREIS: FREIE SPENDE

REVOLUTION

KOMMUNISTISCHE JUGENDZEITUNG





3 REGIERUNG

Die schwarz-blaue Regierung ist schrecklich, wenn es um die Vertretung der Interessen der Arbeiter*Innen & Jugend geht.

9 TRUMP

Trump ist als Wahnsinniger nicht harmlos, sondern eine reale Gefahr für die Weltwirtschaft und politische Sphäre.

12 KRIEG

Wie wir zum Krieg stehen und weshalb wir uns mit dem Begleiter des Kapitalismus auseinandersetzen müssen.

KONTAKT:

Homepage und Email:

www.onesolutionrevolution.at revolution@onesolutionrevolution.at

instagram, Facebook, Twitter:

REVOLUTION Austria

INHALT

WER WIR SIND

Wir von REVOLUTION sind antisexistisch, antirassistisch, antikapitalistisch – zeitgleich stehen wir für eine bessere Gesellschaft in der Unterdrückung und Diskriminierung nicht mehr auf der Tagesordnung stehen. Dabei sehen wir die Notwendigkeit uns als unabhängige Jugendorganisation zu behaupten. Unabhängig von jeglicher Partei und finanzieller Unterstützungen, damit wir unseren eigenen Weg in der politischen Arbeit gehen können. Unsere politische Idee von einer freien Gesellschaft lässt sich nicht durch die Versprechungen des Parlaments erreichen. Dafür müssen wir selber kämpfen und das Problem bei den Wurzeln packen. Und dieses Problem heißt momentan Kapitalismus.

Aber warum stellen wir uns eigentlich gegen den sogenannten "Kapitalismus" und seine Auswüchse? Bringt er nicht Innovation und Belohnung für die, die was leisten? Der Kapitalismus – also das momentan herrschende Wirtschaftssystem - ist in sich marode und nur noch auf Profitmaximierung und Investitionsausweitung aus. Themen wie der Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit fallen dabei unter den Tisch. Es ist ein System, dass sich ständig selbst reproduziert indem die Mehrheit immer für das Vermögen der Minderheit schuftet. Also gerade diejenigen die was leisten, leiden am allermeisten an diesem System und können sich dann noch nichtmal leisten was uns heutzutage unter "Innovation" verkauft wird. Speziell Jugendliche, die nicht nur zuhause und politisch kein Mitbestimmungsrecht haben, werden in Arbeits- und Ausbildungsverhältnissen oft doppelt und dreifach ausgebeutet. Ihnen wird nicht mal eine Scheinwahl gelassen, sie müssen das tun, was ihre Eltern oder die Gesellschaft für richtig hält. Wir wollen deshalb speziell Jugendlichen eine Stimme geben und ihre Wut und Frustration gegen die wahren Ausbeuter*innen und Feind*innen lenken.

Was bis jetzt geschah	5. 3
Recht auf nationale Selbstbestimmung	S. 6
Bericht unserer Sommerschulung	S. 8
Donald Trump: Der Rechtsruck in den USA	S. 9
Polizeigewalt in den USA	S. 11
Was sagen Kommunist*Innen eigentlich zu Krieg?	S. 12
Widerstand der Jugend im 2. Weltkrieg	S. 15
Umwelt und Krise	S. 18

SCHWARZ-BLAU WAS BIS JETZT GESCHAH

Die schwarz-blaue Regierung hält uns in Atem. Kein Wundersie ist ein wahrer Albtraum, wenn es um die Vertretung der Interessen der Arbeiter*innen und Jugend geht. Ein Versuch die bis jetzt umgesetzten Pläne der Regierung zu bilanzieren.

Heidi

Im Dezember 2017 wurde die neue Regierung aus ÖVP und FPÖ angelobt, ein knappes dreiviertel Jahr ist sie nun an der Macht. In dieser Zeit hat sie bereits bewiesen wie ernst sie es mit ihren Plänen meint. Die Regierungsbeschlüsse kommen Schlag auf Schlag, und nebenbei hat die Regierung echtes Talent bei Ablenkungsmanövern – große Debatten zu provozieren um weniger Raum für die Kritik an ihren Beschlüssen zu lassen.

Der folgende Artikel soll nicht nur eine Zusammenstellung von Beschlüssen sein, die die Regierung bisher gefällt hat. Er soll auch eine Analyse der Hintergründe bieten und welche Folgen diese Politik für verschiedene Gesellschaftsschichten hat. Am Ende werden wir uns der Frage des Kampfes dagegen und insbesondere der Rolle der Jugend widmen.

Die Erhöhung der täglichen und wöchentlichen gesetzlichen Höchstarbeitszeit ist wohl einer der offensten Angriffe auf die breite Masse der Bevölkerung, die diese Regierung bisher gesetzt hat. Auch wenn die Regierung betont, dass dies nur auf freiwilliger Basis passieren sollte, so ist doch allen die schon einmal gearbeitet haben klar wer stets die Ersten sind die den Job verlieren - nämlich jene die nicht nach der Pfeife der Chefs tanzen. Also ist fraglich wie oft man sich trauen wird das "freundliche Angebot" abzulehnen heute doch mal länger zu arbeiten um den Auftrag noch abzuschließen. Gleichzeitig sparen sich die Unternehmen damit die Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte, sie sparen Steuern und in manchen Fällen sparen sie sogar Überstundenzuschläge. Für uns andere die diese Schichten arbeiten müssen hingegen bedeutet es Belastung der Gesundheit, erhöhtes Unfallrisiko und starke Beeinträchtigung unserer Freizeit und unseres Privatlebens.

Ein weiteres Argument der Regierung war auch, dass 12-Stundentage häufig bereits Realität wären, und man das Gesetz dem nur anpasse. Einige Kollektivverträge haben tatsächlich auch vorher schon 12-Stundentage vorgesehen, in den meisten Fällen gekoppelt mit längeren Ruhezeiten und anderen Vergünstigungen als "Ausgleich". Darüber hinaus ist es auch korrekt, dass häufig die gesetzlichen Vorgaben gebrochen wurden und werden, dass häufig über die gesetzliche Höchstarbeitszeit hinaus gearbeitet wird, Pausenbestimmungen gebrochen werden, und so weiter. Die Beschäftigten werden dann noch vom Unternehmen unter Druck gesetzt das zu vertuschen und zahlreiche so geleistete Überstunden bleiben unbezahlt. Die Position der Regierung hierzu ist klar: wenn Unternehmen Gesetze brechen, dann müssen wir nicht die Unternehmen bestrafen, sondern die Gesetze ändern. Weitere Pläne in diese Richtung sind bereits in der Umsetzung.

Ein weiteres Projekt wurde ebenfalls bereits heiß diskutiert. Der Familienbonus Plus ist ein Prestigeprojekt dieser Regierung. Steuersenkung, Entlastung für Familien, Senkung der Abgabenquote, damit wirbt die Regierung für diese Maßnahme. De facto bedeutet es nur minimale Förderung für Menschen ohne Job oder ohne einkommenssteuerpflichtiges Einkommen. Je mehr man verdient für umso mehr Kinder kann man Förderung beziehen. Kurz gesagt, jene die am meisten Geld haben - und damit am wenigsten Unterstützung brauchen - erhalten am meisten. Je weniger man verdient, desto weniger profitiert man vom neuen System, weil es fast ausschließlich durch Einkommenssteuerentlastung funktio-

Auch vor den Schulen macht die Regierung nicht Halt. Fürs Schuleschwänzen gibt es höhere und verpflichtende Geldstrafen. Dass es sich dabei nicht um eine pädagogische Lösung handelt, interessiert die Regierung wenig. Auch, dass finanzielle Strafen mal wieder die Ärmsten am härtesten treffen, die in der Bildung wie überall sonst in unserer Gesellschaft sowieso benachteiligt sind, ist für diese Parteien kein Problem. Natürlich ist es wichtig häufiges fehlbleiben nicht zu ignorieren, aber man braucht vielmehr durchdachte pädagogische Anreize als finanzielle Strafen.

Und, dass die Budgetmittel für Integration an Schulen gekürzt wurden, will so gar nicht zu einer Politik passen die ständig "Integration" fordert.

Die Ausbildungsbeihilfe für überbetriebliche Lehrlinge über 18 wurde um über 50%, auf € 325,- gekürzt. Dass man davon nicht leben kann,

und dass es wohl dazu führen wird, dass viele junge Leute Vollzeit arbeiten gehen müssen statt eine Ausbildung zu machen, wird dabei nicht berücksichtigt. Auch diese Maßnahme trifft jene Jugendlichen am härtesten, deren Familien es sich nicht leisten können ihre Kinder jahrelang während der Ausbildung zu erhalten. Gleichzeitig sind alle volljährigen Lehrlinge auch von den neuen Arbeitszeiten betroffen, dürfen also bis zu 12 Stunden am Tag arbeiten – ob das besonders lehrreich ist bleibt fraglich.

Auch höhere Bildung soll noch mehr als ohnehin schon für die Eliten reserviert werden. Einerseits wird das bewiesen durch die weitere Einführung von Zugangsbeschränkungen. Diese reduzieren nicht nur die Gesamtzahl der Studienplätze – sie sind auch leichter zu bewältigen wenn man nicht neben dem Lernen noch arbeiten muss, wenn die Eltern Vorbereitungskurse bezahlen können, selbst Akademiker*innen sind oder vielleicht sogar den/die Professor*in kennen.

Andererseits streicht die Regierung, die Ausnahmeregelung bzgl. Studiengebühren für berufstätige Studierende. Bisher war es nämlich so, dass ab einem gewissen Jahreseinkommen (mindestens das 14-fache der monatlichen Geringfügigkeitsgrenze) auch bei Überschreitung der Regelstudienzeit und Toleranzsemester keine Studiengebühren zu zahlen waren. Als diese Regelung auslief lehnte die Regierung den Antrag zur Verlängerung ab. Das Signal ist ein eindeutiges: Wenn du neben dem Studium arbeiten musst, um deinen Lebensunterhalt zu verdienen, weil du keine reichen Eltern hast, dann ist das dein Problem. Wenn du deshalb langsamer mit dem Studium voran kommst, dann bist du selber schuld. Und wenn du dann noch mehr arbeiten musst, um dir die Studiengebühren leisten zu können, deshalb noch weniger Zeit zum Lernen hast, dein Studium noch länger dauert, und du noch mehr Studiengebühren zahlen musst, dann interessiert uns das eigentlich nicht.

Wenn die Regierung dann wieder allgemeine Studiengebühren einführt wird sie das ihrem Ziel der Bildung nur für Reiche wieder ein gutes Stück näher bringen.

Sicherheit ist relativ. Soviel ist klar wenn man von einer Regierung spricht, die Kabul (Afghanistan) als sichere Stadt bezeichnet und Wien als unsicher. Nach Kabul kann man ruhig Menschen abschieben, es ist dort nicht gefährlich, Afghanistan wird als sicheres Herkunftsland eingestuft. Dass alle paar Wochen Nachrichten von neuen Explosionen, Attentaten, usw. kommen, dass diese so gut wie immer Menschenleben kosten, das interessiert die Regierung nicht. Nur raus aus Österreich, dann sind "sie" nicht mehr "unser" Problem.

Wien hingegen ist brandgefährlich. Das weiß die Regierung ganz genau. Hier gibt es Menschen die einfach in der U-Bahn ein Leberkäsesemmerl essen – und andere störts – und das führt zu Streit. Manchmal passiert es sogar, dass einen wildfremde Menschen auf der Straße ansprechen um nach dem Weg zu fragen. Natürlich gibt es auch in Wien vereinzelt ernsthaftere Probleme – jedoch in keiner Relation zum Unsicherheitsgeschwafel der Regierung.

Doch um "uns" alle zu beschützen - sofern wir die richtige Hautfarbe, Herkunft, Religion, politische Einstellung, Kleidungsstil, etc. haben nimmt die Regierung auch gerne Geld in die Hand. 2.100 neue Polizist*innen und sündhaft teure Polizeipferde leistet sich die Regierung. Um all jene zu beschützen die sie schützenswert finden - gegen jene die sie als Gefahr stilisieren. Rechte und rassistische Gewalt durch die Polizei ist kein Einzelfall. Doch auch gegen unliebsame Demonstrant*innen hilft die verstärkte Staatsgewalt - insbesondere die berittene Polizei ist beim Thema Gewaltausübung ein großer Fortschritt, laut Erfahrungen in anderen Städten geht diese oft extrem brutal gegen Demonstrationen vor. Dafür muss Geld da sein - auf jeden Fall in den Augen der Regierung.

Klar, dass das Geld das man für "Sicherheit" braucht, auch irgendwo herkommen muss. Die Antwort der Regierung ist klar: Wir sparen bei den Ärmsten. 2018 wurde das Budget des AMS um fast 30% gekürzt. Klare Kürzungen betreffen die "Aktion 20.000" ein Prestigeprojekt der Sozialdemokratie für Arbeitslose.

Generell stehen zusätzlich aber noch härtere Schikane für Arbeitslose und weniger Förderung für Aus- und Weiterbildung an.

Wenn dann erst das "Arbeitslosengeld Neu" eingeführt wird, dann zeigt die Regierung endgültig wo ihre Interessen in dieser Frage liegen. Nämlich weder bei einem lebenswerten Leben für alle, noch bei realen Chancen auf Wiedereinstieg nach Langzeitarbeitslosigkeit.

Auch die Pläne für die Sozialversicherung zeichnen ein klares Bild der Politik dieser Regierung. Insbesondere die aktuellen Pläne für die AUVA, bei der 1.500 Verwaltungsstellen nicht nachbesetzt werden sollen, kommen Massenentlassungen auf Zeit gleich. Gleichzeitig sollen andere Krankenkassen die AUVA guerfinanzieren – auf den ersten Blick scheint das vielleicht uninteressant, wäre es nicht so, dass die anderen Sozialversicherungen aus den Beiträgen der Beschäftigten finanziert werden, während die AUVA-Beiträge größtenteils vom Lohnnebenkostenanteil der Unternehmen getragen werden. De facto bedeutet es also weniger Lohnnebenkosten für die Unternehmen, und im Ausgleich weniger Geld für die anderen Krankenkassen, damit dann natürlich auch schlechtere Gesundheitsleistungen.

Und die Regierung ist noch lange nicht fertig mit der sogenannten Reform der Sozialversicherungen. Mit dieser Politik schreiten Privatisierungen im Gesundheitswesen weiter fort und die Zwei-Klassen-Medizin verschärft sich zunehmend.

Wenn so viel Geld eingespart wird, stellt sich natürlich die Frage wozu. Einerseits ist ein Null-Defizit (also die Schulden des Österreichischen Staates auszugleichen) das erklärte Ziel dieser Regierung, andererseits braucht man natürlich auch Geld um seinen Freund*innen und Gönner*innen Geschenke zu machen. So wurde zum Beispiel die Umsatzsteuer bei Hotelbesuchen bereits im März von bisher 13% auf 10% gesenkt. Dass die Hoteliers viel Geld in Sebastian Kurz investiert haben dürfte dabei natürlich nur ein Zufall sein. Doch dieser Zufall hat sich auf jeden Fall gelohnt, denn das Geld, dass sie dadurch einsparen macht die Spenden auf jeden Fall wett.

Bei diesen Entwicklungen schaut unsere Zukunft düster aus. Und die weiteren Pläne dieser Regierung verdüstern sie noch. Doch es ist unsere Zukunft! Wir als Jugendliche haben noch bedeutend mehr Lebenszeit als Hr. Strache oder auch Hr. Kurz. Deshalb dürfen wir nicht zulassen, dass sie unsere Zukunft zu ihrem Vorteil versauen! Es ist die Zeit um nicht nur zu kritisieren sondern in aktiven Widerstand zu treten – auf der Straße. in der Schule, im Betrieb und auf der Uni. Seit Menschengedenken spielen Jugendliche bei großen Protesten oft eine Vorreiter*innenrolle. Wenn wir

aufstehen, können wir andere motivieren dasselbe zu tun – wir zeigen den Menschen, dass sie nicht alleine sind und machen ihnen Mut zu kämpfen. Es ist Zeit für Demonstrationen, für Schulstreiks, Unistreiks, Streiks in Lehrstätte und Betrieb und für Besetzungen.

Es ist aber auch an der Zeit für uns Jugendliche uns selbstständig zu organisieren um diesen Widerstand zu planen. Wir brauchen die Freiheit unsere eigenen Entscheidungen zu treffen, unabhängig von der Politik anderer – und das bedeutet auch wir müssen unabhängig sein vom Geld anderer.

Es ist auch an der Zeit klar zu stellen, dass diese Politik nur ein Ausdruck des Systems ist in dem wir leben. Im Kapitalismus werden die Interessen der Unternehmen immer über die Interessen von Beschäftigten, Jugendlichen, Migrant*innen, Frauen und aller Unterdrückten gestellt. Wir müssen jetzt erkennen, dass der einzige Ausweg aus dieser Politik in letzter Instanz der Sturz des Kapitalismus ist.

Wir als REVOLUTION sind eine unabhängige, antikapitalistische Jugendorganisation. Deine Interessen sind unsere Interessen. Schließ dich dem Kampf an gegen die reaktionäre schwarz-blaue Regierung und gegen das gesamte unterdrückerische kapitalistische System!



RECHT AUF NATIONALE SELBSTBESTIMMUNG

Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen ist sowohl heute als auch in der Vergangenheit umstritten. Da wir in einer Welt leben, die von imperialistischen Mächten bestimmt wird, haben wir es noch immer mit unterdrückten und unterdrückenden Nationen zu tun, weswegen es für uns als Revolutionär*innen wichtig ist, sich hierzu klar zu positionieren.

Nahid & Esam

Ein kurzer Blick auf die Weltlage genügt um zu sehen, dass die Unterdrückung nationaler Minderheiten vielerorts weiterhin die bittere Realität ist. Politische Rechte werden nationalen Minderheiten oftmals abgesprochen oder gelten nur am Papier, sozial werden Minderheiten meist ausgegrenzt und auch darüber hinaus zählen sie in den allermeisten Fällen zu den Schichten der Arbeiter*innenklasse die am schamlosesten ausgebeutet werden. Auch alltägliche Aspekte des Lebens, wie das Sprechen der eigenen Sprache oder das Ausleben der eigenen Kultur sind nur begrenzt möglich oder gar verboten und ziehen bei Verstößen nicht selten drastische Konsequenzen und politische Verfolgung mit sich, die vor allem im Falle bewusster, also organisierter politischer Auflehnung bis zur Todesstrafe gehen können.

Würde den Unterdrückten ein eigenes Land zugesprochen werden, wäre dies sowohl verbunden mit Territorialverlusten seitens der unterdrückenden Nation als auch mit der Beschneidung ihrer politischen Macht und der Niederlage ihrer nationalen Ideologie. Doch aus einem weiterem Grund wäre dies definitiv nicht in ihrem Interesse: Nationalen Minderheiten das Recht auf Selbstbestimmung zu gewähren, bedeutet nicht nur im politischen, sondern auch im ökonomischen Sinne an Macht zu verlieren. Territorialverluste resultieren in dem Verlust von Absatzmärkten. Ressourcen und Rohstoffen. Zudem verliert die herrschende Klasse jene Schicht die sie am brutalsten ausbeuten kann, was ein ungemeiner Verlust billiger Arbeitskräfte bedeutet.

Die volle Tragweite dieses Verlusts für die Bourgeoise der unterdrückenden Nationen wird aber erst deutlich, wenn man diese in den Kontext unseres imperialistischen Zeitalters setzt. Lenin verstand schon 1916, dass man den Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus sehen muss. Der Kapitalismus schafft eine Systemlogik in der immer mehr Profit erwirtschaftet werden muss, wodurch auch der Zwang besteht Arbeiter*innen, Minderheiten etc. immer mehr auszubeuten um am internationalen Markt bestehen zu können. Dies führt daher zwangsweise neben der immensen Konzentration von Kapital in den Händen weniger Monopole, auch zu verschärfter Konkurrenz zwischen den Staaten. Diese zeigt sich nach außen hin als Krieg, Elend und Ausbeutung. Dies analysiert Lenin als Grundzüge des Imperialismus. Auch ein Jahrhundert später befinden wir uns noch im Zeitalter des Imperialismus. Die äußere Form (Kolonien, Besatzung, Sklaverei etc.) hat sich zwar geändert hin zu ökonomischer und politischer Abhängigkeit, die Logik imperialistischer Ausbeutung ist aber weiterhin dieselbe.

Betrachtet man nun nationale Befreiungskämpfe in diesem Kontext, bedeutet dies auch eine Abnahme der Konkurrenzfähigkeit von jenen Staaten am internationalen Markt und damit eine Schwächung ihrer imperialistischen Interessen. Was bedeutet aber nun das Selbstbestimmungsrecht der Nationen konkret? Im Mittelpunkt der Frage von nationaler Selbstbestimmung steht das Recht von nationalen Minderheiten eine eigene Nation zu gründen um sich von der unterdrückenden Herrschaft loszureißen und politische Unabhängigkeit zu erreichen. Es wird dabei z.b. mit der Abhaltung eines Referendums nicht in erster Linie die Forderung einer Abtrennung unterstützt, sondern das Recht auf die Wahl einer Abtrennung. Das Recht auf nationale Selbstbestimmung entspringt daher in keiner Weise aus einer Unterstützung nationalistischer Tendenzen oder der Spaltung der Arbeiter*innenklasse und ihrer Kämpfe, sondern ist um bei Lenin zu bleiben vielmehr "folgerichtiger Ausdruck für den Kampf gegen jegliche nationale Unterjochung."

Es braucht eine Übergangsperiode der absoluten Befreiung des kapitalistischen Zwanges. Auch wenn der sozialistische Kampf zu einer Verschmelzung der Staaten führt und der endgültige Sieg des Sozialismus überhaupt unweigerlich mit dem Absterben des Staates verbunden ist, müssen wir erst für die Befreiung der unterdrückten Nationen kämpfen um so die Arbeiter*innenklasse aus den unterdrückenden Mechanismen zu lösen und eine internationale Solidarität der Arbeiter*innen zu bilden. Mit dem Ausspruch "Nie kann ein Volk, das andre Völker unterdrückt, frei sein" unterstrich bereits Friedrich Engels das Prinzip des Internationalismus und Sozialismus.

Lenin schlussfolgert aus dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen jedoch zwei unterschiedliche Aufgaben für die Arbeiter*innenklasse, die er wie folgt formuliert: "Das Proletariat muß die Freiheit der politischen Abtrennung der von "seiner" Nation unterdrückten Kolonien und Nationen fordern. Andernfalls wird der Internationalismus des Proletariats zu leeren Worten: weder Vertrauen noch Klassensolidarität unter den Arbeitern der unterdrückten und der unterdrückenden Nation sind möglich. Anderseits müssen die Sozialisten der unterdrückten Nationen auf die vollständige und bedingungslose, auch organisatorische Einheit der Arbeiter der unterdrückten Nation mit denen der unterdrückenden Nation besonders bestehen und sie ins Leben rufen. Ohne dies ist es unmöglich, auf der selbständigen Politik des Proletariats sowie auf seiner Klassensolidarität mit dem Proletariat der anderen Länder bei all den verschiedenen Streichen, Verrätereien und Gaunereien der Bourgeoisie zu bestehen."

Nationale Befreiungskämpfe sind sehr anfällig für die Befeuerung reaktionärer nationalistischer Tendenzen oder können die Illusion schüren, dass mit der eigenen Nation die soziale Frage gelöst werden könnte. Um zu verhindern, dass bürgerliche und andere reaktionäre Kräfte den Kampf für die nationale Befreiung vereinnahmen, dürfen Revolutionär*innen unter keinen Umständen jenen Kräften die Führung überlassen. Es muss darum gehen, die Arbeiter*innenklasse hinter sich zu versammeln und den Kampf in einen proletarischen umzuwandeln. Es muss aufgezeigt werden, dass Unterdrückung und Ausbeutung nicht durch die "eigene Nation" verschwinden, sondern nur durch den Sturz der Bourgeoise und des Kapitalismus selbst. Zu guter Letzt muss der Kampf gegen den Kapitalismus und den Imperialismus ein internationalistischer sein. Denn sowie die Bourgeoise international organisiert ist um uns auszubeuten und zu unterdrücken, so kann und muss ein erfolgreicher Kampf dagegen ein internationaler und gemeinsamer Kampf sein. Das heißt auch, dass man nicht in jeder Situation Unabhängigkeitsbestrebungen unterstützt, sondern sich auch für den Verbleib innerhalb gemeinsamer Landesgrenzen einsetzt. Wenn sich eine Gruppe für die Abspaltung entscheidet ist es ihr gutes Recht und muss verteidigt werden, aber es ist nicht jederzeit die Aufgabe kommunistischer Gruppen dies auch zu propagieren.

Blickt man nun auf gegenwärtige nationale Befreiungskämpfe bleibt der kurdische einer der zentralsten und weitreichendsten Kämpfe. Die Kurd*innen sind weiterhin die größte Bevölkerungsgruppe ohne eigenen Staat. Der Kampf ist insofern besonders schwierig, als dass die von den Kurd*innen besiedelten Gebiete sich über vier Staaten, nämlich Türkei, Syrien, Irak und Iran erstrecken. Der kurdische Befreiungskampf ist auch ein bezeichnendes Beispiel wie nationale Minderheiten zum Spielball imperialistischer Interessen werden. insbesondere weil mit den USA und Russland auch zwei große imperialistische Machtzentren um die Kontrolle bzw. den Einfluss konkurrieren.

Vor allem aber in der Türkei bzw. durch türkische Militäreinsätze erfahren Kurd*innen seit Jahrzehnten eine ungemein brutale Unterdrückung. Seit dem gescheiterten Militärputsch im Juli 2016 geht der türkische Präsident Erdogan zudem immer autoritärer gegen alle kritischen und progressiven Kräfte vor, was vor allem Kurd*innen und linke politische Aktivist*innen trifft. Die Türkei hat gerade in den letzten Jahren im Zuge des syrischen Bürgerkriegs unter dem Vorwand den IS zu bekämpfen zahlreiche kurdische Stellungen und Stützpunkte der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) bardiert. Im Jänner 2018 leitete die Türkei unter dem Befehl von Erdogan die "Militäroperation Olivenzweig" ein - ein offener mit schwerer Artillerie begangener Angriffskrieg auf Afrin, einer mehrheitlich kurdisch besiedelten Stadt im Norden Syriens. Die Militäroffensive richtete sich vor allem gegen das Erstarken der dortigen kurdischen Kräfte (allem voran der YPG – Volksverteidigungseinheit und der YPJ - einer Einheit, die ausschließlich aus Frauen besteht und gleichberechtigt Seite an Seite mit anderen Milizen kämpft) und den damit verbundenen stärker werdenden Autonomiebestrebungen. Diese Militäroffensive, die sich über drei Monate streckte, kostete zahlreichen Kurd*innen das Leben, die von türkischen Militärs gefangen genommen, gefoltert und ermordet wurden.

Aber auch abseits von Kurdistan blicken wir gerade einer Weltlage entgegen, wo das imperialistische Säbelrasseln und der Kampf um die Neuaufteilung der Welt immer weiter zunimmt. Der Imperialismus verschärft durch den steigenden Militarismus, in dem grausame Kriege geführt werden, die ausschließlich imperialistischen Macht- und Kapitalinteresse dienen, und in der eine abartig große Anzahl an Arbeiter*innen ums Leben kommen, die Klassengegensätze. Gleichzeitig bietet diese verschärfte Situation und vor allem die instabile und krisenhafte Lage des Kapitals auch die Chance des Gegenangriffes. Die aktuelle Weltlage sorgt daher im doppelten Sinne für die unabdingliche Forderung des Rechts auf Selbstbestimmung der Nationen. Einerseits aufgrund der drohenden Verschärfung von Unterdrückung, Ausbeutung und Elend und andererseits aufgrund der Möglichkeit die Krise und den damit verbundenen immer offener auftretenden Klassenkampf auf die Spitze zu treiben und ihn in einen Kampf gegen das kapitalistische System und der Bourgeoise zu wandeln. Denn um den Kapitalismus zu stürzen und den Sozialismus zu etablieren braucht es letztlich einen gemeinsamen Kampf auf der Basis der freien Vereinigung der Arbeiter*innenklasse.

BERICHT UNSERER SOMMERSCHULUNG

Dieses Jahr fand wieder unsere Sommerschulung statt. Sie ist unser wichtigstes Schulungsgremium und eine Möglichkeit, uns mit unseren internationalen Genoss*Innen zu vernetzen.

Hannah

2018 ist zweifelsohne ein spannendes Jahr, um auf der Welt zu leben: Einerseits feiern wir politische Meilensteine - wie 200 Jahre Marx, 100 Jahre Novemberrevolution und 50 Jahre Mai 68 – andererseits stehen unsere über Generationen hart erkämpften Rechte unter Beschuss. 10 Jahre sind nun bereits seit dem Ausbruch der kapitalistischen Wirtschaftskrise vergangen, und deren Auswirkungen (und Ursachen!) noch längst nicht beseitigt.

Im Zuge unserer Sommerschulung "Revolutionärer Internationalismus" galt es also, die zahlreichen Geschehnisse der letzten Jahre aufzuarbeiten, im Detail zu analysieren und wieder in einen Gesamtzusammenhang zu stellen.

Mehr als 100 Genoss*innen aus den verschiedensten Ecken der Welt fanden sich in der Woche vom 30. Juli bis zum 6. August in Berlin zusammen, um gemeinsam zu diskutieren, sich politisch weiterzubilden und sich im Team an mögliche Lösungsansätze heranzutasten. Neben den engagierten Mitgliedern von REVOLUTION sowie verschiedenen Sektionen der Liga für die 5. Internationale (Gruppe ArbeiterInnenmacht, Arbeiter*innenstandpunkt, REDFLAG, Socialist Party of Sri Lanka, ...), durften wir auch zahlreiche Sympathisant*innen begrüßen - besonders freute uns dabei die Teilnahme palästinensischer Genoss*innen der Independence Youth Union (IYU).

Unser theoretischer Schwerpunkt lag dieses Jahr insbesondere auf den Ursachen, Charakteristika und Folgen des internationalen Rechtsrucks, wobei wir Alternativen zur autoritären und menschenfeindlichen Politik des 21. Jahrhunderts skizzieren und besondere Aspekte beleuchten wolten. Sowohl für Neulinge als auch für langjährige Mitglieder war mit einer Vielfalt an (verschiedensprachigen, und beinahe immer übersetzten) Workshops und interaktiven Lesekreisen zu den unterschiedlichsten Themen gesorgt.

Von den Grundlagen und Anfängen des Marxismus, über bedeutende historische Ereignisse und Strukturen gewisser Epochen, bis hin zu Gesetzmäßigkeiten ökonomischer Systeme war ein breiter Teil der politischen Geschichte der letzten 200 Jahre abgedeckt. Aber auch aktuelle Herausforderungen wie die ökologische Frage, die IT-Revolution oder die Rolle postmarxistischer Strömungen standen auf der Tagesordnung.

Dabei war uns keinesfalls nur wichtig, ein theoretisches Basiswissen zu erlangen, sondern auch praktische Wege zu finden, dieses effektiv und mit Selbstbewusstsein in die Welt hinaustragen zu können. In Praxisworkshops rund um das Schreiben von Artikeln, das Planen von Kampagnen und das Produzieren von viralen Videos lernten wir, unsere Ideen einem größeren Publikum zugänglich zu machen.

Um das Camp auch abseits der Workshops so angenehm wie möglich zu gestalten, wurden Möglichkeiten zur

internationalen Vernetzung angeboten, unter anderem ein Quizabend, ein Konzert, sowie ein gemeinsamer Nachmittag am nahegelegenen See. Überdies konnte man sich abends immer miteinander gemütlich zusammensetzen und den Tag gemeinsam ausklingen lassen.

Gerade das diesjährige Camp hat uns neue Denkanstöße gegeben, einen sowohl schönen als auch lehrreichen Aufenthalt in Berlin beschert und uns vor allem ein erfüllendes Zusammenarbeiten mit vielen unterschiedlichen Menschen ermöglicht, die sich alle ein- und dasselbe Ziel vor Augen halten.



DONALD TRUMP: DER RECHTSRUCK IN DEN USA

Es wird viel in den Medien über Trump gelästert. Wie so ein Wahnsinniger, den mächtigsten Job der Welt landen kann, fragen sich die Leute. Aber Trump ist kein harmloser, alter Rassist, sondern eine reale Gefahr für die Weltwirtschaft und die politische Sphäre.

Mo

Donald Trump war kein typischer Präsidentschaftskandidat für die USA: Unhöflich, offen rassistisch und frauenfeindlich, und in zahlreiche Skandale verstrickt. Als er die Wahl 2016 gewann war das ein Schockmoment für etablierte Politiker*innen, Medien und Kommentator*innen. Seitdem macht er aber nicht nur mit ausfälligen Tweets sondern auch mit radikalen politischen Vorstößen von sich reden. Er steht für eine Neuausrichtung der amerikanischen Außenpolitk, für den Sieg eines Teils der herrschenden Klasse über einen anderen. Für die Arbeiter*innen, Jugendlichen und Unterdrückten in den USA bedeutet dieser Umbruch nichts Gutes, für die im Rest der Welt noch weniger.

Trump, darauf legt er Wert, ist kein typischer amerikanischer Politiker. Vor seiner Kandidatur war er vor allem als windiger Bauunternehmer bekannt. Er besitzt Immobilien an den teuersten Adressen von New York und Los Angeles. Schlechter Geschmack, viele Auftritte im Society-Fernsehen und ein großes Mundwerk waren seine Markenzeichen.

Bald begann Trump, selbst Medien zu machen: Er ist der Besitzer des millionenschweren Miss Universe-Schönheitswettbewerbs (und für übergriffiges Verhalten auf die Teilnehmerinnen bekannt) und der Star in einer TV-Show namens "The Apprentice" (deutsch: "Der Lehrling") in dem er junge Menschen mit den Worten "Du bist gefeuert!" demütigt.

Aber seit Beginn seiner Karriere war Trump auch im Politikbetrieb aktiv. Er betätigte sich als Großspender für beide bürgerlichen amerikanischen Parteien, war eng mit den Clintons befreundet, verschaffte Geschäftskolleg*innen Zugang zu Politiker*innen und überlegte 2000 sogar, als Präsidentschaftskandidat der rechtspopulistischen Reform Party anzutreten.

Ab 2011 engagierte er sich in der rassistischen "Birther"-Kampagne rund um eine Verschwörungstheorie über die Herkunft des damaligen Präsidenten Obama. Schon Anfang der 2000er-Jahre vertrat er Verschwörungstheorie rund um den angeblich schwarzen Mörder einer Frau im Central Park, und in den 1970er-Jahren steckte er als Immobilienbesitzer einigen wand in einen Rechtsstreit, nicht an Schwarze vermieten zu müssen. Seine Wahlkampagne 2016 begann er damit, mexikanische Migrant*innen als "Mörder und Drogendealer" zu beschimpfen und ein Einreiseverbot für alle "muslimischen Länder" zu fordern.

Auch frauenfeindliche Kommentare gehören zu Trumps öffentlichem Standardrepertoire. Am bekanntesten ist wohl die Tonaufnahme im Fernsehen, in der er damit prahlt Frauen gegen ihren Willen zu küssen und auf die Vulva zu greifen ("grab her by the pussy"). Dazu kommen beunruhigende Kommentare über die Attraktivität seiner Tochter Ivanka, herabwürdigende Aussagen über Teilnehmerinnen der Miss Universe-Wettbewerbe und frauenfeindliche Beschimpfungen von Journalistinnen während

seiner Wahlkampagne. Sexistische Politik, zum Beispiel das Entziehen jeder staatlichen Förderung für medizinische Programme die Abtreibungen nur erwähnen ("global gag rule") sind auch Teil seines Programms als Präsident.

Ein weiterer wichtiger ideologischer Eckpfeiler ist die Leugnung des menschgemachten Klimawandels. Diese Verschwörungstheorie ist ein einigendes Element in der amerikanischen radikalen Rechten, besonders der Teile die sich als "Anti-Establishment" verstehen und auf deren Unterstützung Trump zielt. Sie ist außerdem zentral für amerikanische Ölfirmen, die staatliche Regulierung umgehen wollen und Trump unterstützt haben. Konsequenterweise gehörte das gewaltsame Durchpeitschen einer umstrittenen Öl-Pipeline zu den ersten Anordnung von Trump als Präsident, die in den ersten sechs Monaten ihrer Aktivität dann fünf Mal aufbrach und Tausende Ouadratkilometer Ackerland sowie die Trinkwasserversorgung der Gegend verseuchte.

Trump schaffte es durch diese ideologischen Klammern, besonders windige Teile der herrschenden Klasse und Kleinunternehmer*innen, Bäuer*innen und Arbeiter*innen am rechten Rand der Republikanischen Partei hinter sich zu versammeln. Vor allem die Energiebranche und Teile des Finanzkapitals erhofften sich einiges von seiner Anti-Regulierungspolitik. Mit dem Versprechen, die Interessen von amerikanischen Firmen auf dem Weltmarkt wenn notwendig mit einem Handelskrieg durchzusetzen spricht Trump Kapitalist*innen in der

Industrieproduktion an (allerdings nur die, deren Produktionsketten durch die Importzölle nicht zerschlagen werden). Seine Kriegsrhetorik und die Hunderte Milliarden schwere Erhöhung des Militärbudgets machen ihn auch in der Rüstungsindustrie beliebt.

Da Trump beständig am rechten Rand der Republikanischen Partei fischt, und sich auch als Teil einer Revolte gegen die rechtskonservative republikanische Führung inszenierte bezieht er sich oft auf Neonazis und "White Supremacists" in den USA. Bisherige traurige Höhepunkte waren als er sich nicht von der Unterstützung durch den Ku-Klux-Klan-Chef distanzieren wollte, und als er nach dem Nazi-Mord an einer Demonstrantin in Charlottesville nur sagte, von beiden Seiten wäre Gewalt ausgegangen.

Das ist weder politische Unvorsichtigkeit noch verwunderlich bei Trump. Am rechten Rand der Republikanischen Partei hat sich, mit finanzieller Unterstützung von Milliardär*innen wie den Koch Brothers, Einfluss und Macht gesammelt. Sich von ihnen und ihren milizartig organisierten, bewaffneten Armeen nicht zu distanzieren ist eine strategische Entscheidung. Die Wahlerfolge der rechtsradikalen Tea Party waren ein Vorbote der Trump-Präsidentschaft.

Liberale und konservative Medien behaupteten nach der Wahl, dass Trump von den Arbeiter*innen an die Macht gebracht worden wäre. Linksliberale verbreiten dieselbe Geschichte, nur dass weiße männliche Arbeiter die Hauptrolle spielen. Zahlreiche Analysen der Zusammensetzung von Trumps Unterstützer*innen und Wähler*innen widersprechen dem aber.

Innerhalb der republikanischen Vorwahlen hatten Trumps Wähler*innen die zweithöchsten Haushaltseinkommen, im Vergleich zu Clintons Wähler*innen waren sie im Schnitt um ein Sechstel reicher. Trumps Wähler*innen gehörten zu 65 % zur reicheren Bevölkerungshälfte. Auch in seinem Umfeld und Beratungsstab finden sich keine Personen aus der Arbeiter*innenklasse.

Was aber stimmt ist das Trump einige Schlüsselstaaten gewinnen konnte, die seine Konkurrentin Hillary Clinton im Wahlkampf links liegen gelassen hat. Im von der Deindustrialisierung besonders betroffenen "Rust Belt" konnte er, ohne Konkurrenz von links, auch Stimmen von den besonders hart abgestürzten und vorher besonders gut gestellten Arbeiter*innen gewinnen. Da spielt auch sein (leeres) Versprechen eine Rolle. Industriearbeitsplätze zu sichern indem er internationale Konkurrenz beziehungsweise Produktionsketten ohne Teilnahme der USA durch Handelskrieg und diplomatische Aggression zurückdrängen würde. Der zentrale Faktor für den Erfolg Trumps in gewissen Schichten der Arbeiter*innenklasse ist aber das Fehlen irgendeiner Arbeiter*innenpartei generell und einer sozialistischen Antwort auf die Krise im Speziellen.

Trump wurde als Repräsentant des Teils der herrschenden Klasse gewählt, die wie er der Meinung sind, die USA hätte ihren Platz an der Weltspitze schon verloren oder wäre am besten Weg dahin. Da haben sie nicht unrecht. Wettbewerbsvorteile in der Produktion werden von den Stückkosten und daher von Produktivität und Arbeitskosten bestimmt. Obwohl der Technologiesektor in den USA sehr stark und der Reallohn sehr niedrig ist, stehen US-amerikanische Firmen nicht mehr viel besser da als die Konkurrenz aus Europa, Asien und Lateinamerika.

Die Hoffnung, die die herrschende Klasse in Trump hat, ist, dass er durch politischen und militärischen Druck die Konkurrenz zurückdrängen kann. Statt dem System von Handelsabkommen und gegenseitigen Abhängigkeiten soll eine klare Drohkulisse zur "politischen Subvention" amerikanischer Profite werden.

Aber auch gegen die Arbeiter*innenklasse soll Trump Unternehmensinteressen noch mehr durchsetzen als bisher. Dafür stand vor allem die gescheiterte Reform des Gesundheitssystems und die erfolgreiche Steuerreform, die großen Unternehmen riesige Geschenke macht und ärmere bis mittlere Haushalte stärker belastet. Um die Reform gegen zu finanzieren ist in den nächsten Jahren auch mit massivem Sozialabbau zu rechnen.

Schafft Trump es nicht, den Anspruch auf Platz 1 in der Weltrangliste der ausbeuterischsten, kapitalistischen Staaten durchzusetzen, droht den USA ein weiterer Rechtsruck. Viele seiner Anhänger*innen sind radikalisiert und auf ihn als Person ausgerichtet. Dauernde Verschwörungstheorien über eine korrupte Justiz und lügende Medien, die ihn im Visier haben, schaffen eine Kulisse in der eine Abwahl von Trump gar nicht mit rechten Dingen zugehen könnte. Kombiniert mit dem Aufschwung faschistischer und bewaffneter Gruppen in den USA kann das zu einem Phänomen des amerikanischen Faschismus als Massenbewegung führen.

Aber im Widerstand gegen Trump und der generellen Verschärfung des politischen Klimas der letzten Jahre haben sich auch Alternativen gebildet. Die zerstreute und nach europäischen Maßstäben sehr wenig radikale Linke hat es geschafft, sich mit zentralen Kämpfen der Unterdrückten zu vereinigen. Das gilt für die Proteste gegen Rassismus ("Black Lives Matter"), Frauenunterdrückung ("Women's March") ebenso wie für die Kampagnen für eine Gesundheitsversicherung für alle ("Medicare For All") und für die Abschaffung der Abschiebebehörde ("Abolish ICE"), die jeweils Massen mobilisiert haben.

Für enttäuschte Wähler*innen von Trump aus der Arbeiter*innenklasse können sie eine Anlaufstelle sein, ebenso wie die linksreformistischen und zentristischen Organisation, die ihre Mitgliedschaft vervielfachen konnten.

Das größte Hindernis für Sozialist*innen in den USA ist aber, dass mit den Demokrat*innen eine bürgerliche Partei die Gewerkschaften und große Teile der Arbeiter*innen, rassistisch Unterdrückten und Jugendlichen an sich gebunden hat. Es gibt keine Hoffnung, diese Partei zu reformieren oder die bürgerlichen Teile heraus zu spalten. Das ist auch wahr, wenn ein bürgerlicher Linksreformist wie Bernie Sanders die Parteispitze übernehmen würde. Nur der Aufbau einer amerikanischen Arbeiter*innenpartei kann eine echte Alternative darstellen - und das ist ein sehr schwieriges Projekt.

POLIZEIGEWALT IN DEN USA

Momentan wird in den USA viel über Trump und seine Politik diskutiert. Ein wichtiges Thema. Leider wird darüber hinaus oft vergessen, was seine Politik für reale Auswirkungen auf das Leben von Arbeiter*Innen und speziell Minderheiten hat.



Redaktion

Mit Ferguson und der "Black-Lives-Matter" Bewegung, sprach man dann auch endlich im vergleichsweise weißen Europa über Gewalt und Unrecht an Menschen nicht-weißer Hautfarbe. Michael Brown wurde am 9. August 2014 in Ferguson erschossen. Er war zu diesem Zeitpunkt 18 Jahre alt und unbewaffnet. Daraufhin starteten Proteste, welche die Polizeigewalt speziell gegen nicht-wei-Be Menschen (also unter anderem Afroamerikaner*innen. Menschen mit lateinamerikanischen Wurzeln. Native Americans u.v.m) thematisierten. Diese Bewegung erreichte auch den Rest der Welt. Aber ist der Aufschrei gerechtfertigt? Ist Gewalt gegen nicht-weiße Personen eigentlich immer noch so ein großes Thema? Schließlich hat Amerika angeblich doch so viele Fortschritte in den Fragen von Gleichstellung gemacht.

Um diese Fragen zu beantworten reicht es, sich die Statistiken anzusehen. 2018 macht der Stand von inhaftierten nicht-weißen Menschen rund 67% der amerikanischen Gefängnispopulation aus, während sie aber nur 37% der Gesamtpopulation ausmachen. Am meisten betroffen

von diesem Problem sind afroamerikanische junge Männer. Auch die Gründe, warum Menschen hinter Gittern sitzen sind sehr unterschiedlich, je nachdem welche Hautfarbe sie haben. Ein Beispiel dafür ist, dass Afroamerikaner*innen viel eher aufgrund von Drogen ins Gefängnis kommen, obwohl es keinen Hinweis darauf gibt, dass sie diese mehr verkaufen oder konsumieren als Menschen anderer Hautfarbe.

Eine andere schmerzhafte Statistik beschäftigt sich stärker mit Polizeigewalt an Nicht-weißen Menschen. Afroamerikaner*innen machen 13% der Gesamtbevölkerung aus, stellen aber 24% derjenigen, die von Polizist*innen erschossen werden. Nicht-weiße Personen sind auch viel eher betroffen davon, ohne Bewaffnung von der Polizei erschossen zu werden. Sie stellen weit mehr als die Hälfte aller Menschen, die unbewaffnet in diesen Situationen erschossen werden.

Diese Fakten zeigen zwei Dinge: Erstens, dass etwas gewaltig schief läuft mit dem amerikanischen Justizsystem und zweitens, dass Menschen, die nicht weiß sind, ein großes Problem haben, ganz abgesehen von Alltagsrassismus und mehrfacher Unterdrückung. Aber es ist leider auch

ein Beweis dafür, dass das Schreien nach "Gun Control", also der Forderung, den Zugang zu Waffen stärker einzuschränken, am Problem vorbeigeht. Das Problem sind nicht die Minderheiten, die sich zum Selbstschutz eine Waffe zulegen Das Problem ist der Polizeistaat, der unbewaffnete Menschen erschießt und dabei keine Angst vor Konsequenzen haben muss. Die USA hat ein Problem mit einem überproportional aufgeblasenen Polizeistaat, der eine ernsthafte Gefahr für einen relevanten Teil der Bevölkerung darstellt.

Was wir in dieser Situation fordern müssen, speziell mit einem Anstieg von staatlichem und Alltäglichem Rassismus, ist die Organisierung der Gruppen die hiervon bedroht werden. Nicht nur als nicht-weiße Menschen, sondern auch als Klasse an sich müssen wir uns gegen Rassismus und Gewalt wehren können. Das geht aber nur gemeinsam. Arbeiter*innen jeder Hautfarbe müssen sich als Klasse verstehen und erkennen, dass ihre Interessen nicht gegeneinander sondern gegen die Kapitalist*innen gerichtet sind. Damit wir alle für eine Welt kämpfen können, die frei von Rassismus, Sexismus und anderen Unterdrückungsformen ist.

WAS SAGEN EIGENTLICH KOMMUNIST*INNEN ZU KRIEG

Intro: Kann es so etwas wie gerechte Kriege geben? Wie stehen wir zu Kriegen unserer eigenen Regierung? Krieg ist ein permanenter Begleiter des Kapitalismus. Schon alleine deshalb müssen wir uns damit auseinanderzusetzen.

Alex

Die Frage von Weltkrieg wird mit den fortschreitenden Drohgebärden von Trump, Putin und Co. immer relevanter. Gerade für junge Menschen, die in Kriegen immer die ersten sind, die Leid zu spüren bekommen, ist es deshalb wichtig sich damit auseinanderzusetzen. Wir sehen heute eine Reihe von blutigen Auseinandersetzungen, sei es in Syrien und im Irak, seien es die anhaltenden Kämpfe im Osten der Ukraine oder sei es der blutige, nur allzu oft totgeschwiegene, Krieg von Saudi Arabien (mit westlicher Unterstützung) gegen den Jemen. Bei wichtigen Wendungen in diesen Konflikten bekommen wir in den Medien auch Bilder dieser Kriege zu sehen, doch für Millionen Menschen sind sie tägliche, blutige Realität. Als Kommunist*innen kämpfen wir für eine Gesellschaft frei von Kriegen. Doch um dahin zu kommen braucht es eine konkrete Auseinandersetzung mit den zentralen Fragen von heute. Gerade jetzt wo sich die US-Regierung unter Trump so aggressiv gibt wie schon lange nicht mehr (man denke nur an den aktuellen Konflikt und die Drohungen gegenüber dem Iran) ist es umso wichtiger sich über den Charakter von Krieg im allgemeinen und einzelnen Kriegen im Konkreten klar zu werden.

Kriege sind keine schöne Angelegenheit, sie sind blutig und sie sind tödlich. Nur allzu oft werden Kriege – gerade wenn sie von westlichen Staaten geführt werden – beschönigt: Präzisionsschläge mit Drohnen, Scharf-

schützen, die einzelne Terrorist*innen töten oder NATO-Soldat*innen, die Freiheit und Demokratie bringen. Uns als Kommunist*innen ist klar, dass Krieg keine schöne Angelegenheit ist und wir sehen keinen Sinn darin ihn zu beschönigen. Gleichzeitig sind wir aber keine Pazifist*innen, die sich jeglicher Gewalt (und Krieg ist nichts anderes als die höchste Form der Gewalt) verschließen. Wir sind vielmehr der Meinung, dass Gewalt notwendig ist (zum Beispiel im Kampf gegen den Faschismus). Nur reaktionärsten Pazifist*innen würden vermutlich den bewaffneten Kampf der Partisan*innen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus ablehnen.

Die aktuelle Gesellschaft befindet sich in einem Zustand, der im grundlegenden Gegensatz zu den Interessen der großen Mehrheit der Menschheit steht (Hunger, Krieg, weltweite Armut oder Umweltzerstörung um nur einige Beispiele zu nennen). Gleichzeitig können die dem zugrundeliegenden Gesetzmäßigkeiten nicht durch Wahlen geändert werden, daher ist eine revolutionäre Perspektive notwendig. Der friedliche, parlamentarische Weg zum Sozialismus ist so oft gescheitert wie er probiert wurde. Die herrschenden Kapitalist*innen werden nicht einfach ihre Position der Macht abtreten, sondern werden – wie die Geschichte nur zu oft gezeigt hat - mit allen Mitteln versuchen ihre Position und ihr System zu sichern. Deshalb können wir uns im Kampf gegen den Kapitalismus nicht einfach an den Staat mit Militär- und Polizeigewalt ausliefern. Vielmehr müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass die Abschaffung des Kapitalismus nicht friedlich ablaufen wird. Um das Elend von Milliarden Menschen, den Hungertod von Millionen und das gegenseitige Abschlachten in Kriegen ein für alle mal abzuschaffen, braucht es eine Revolution, die sich nicht auf friedliche Mittel beschränken kann.

Ähnlich wie unsere Position zu Gewalt, ist auch unsere Position zu Kriegen. Auch wenn wir natürlich mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft auch einen Kampf für eine Gesellschaft ohne Krieg und Gewalt führen bedeutet das nicht, dass wir Kriege immer und überall auch heute schon ablehnen. Einer der wohl wichtigsten Militärtheoretiker, der preußische General Clausewitz, meinte zum Charakter von Kriegen: "Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln." Marxist*innen teilen diese Einschätzung. Dazu später aber mehr.

Zuerst sollten wir einmal versuchen die Frage zu beantworten was eigentlich die Ursache von Kriegen ist. In der menschlichen Geschichte sind wirkliche Kriege, also dauerhafte militärische Auseinandersetzung zwischen 2 oder mehr Gruppen von Menschen ein relativ junges Phänomen. Die meiste Zeit über verfügten unsere Vorfahren als Jäger*innen und Sammler*innen nicht über die materiellen Voraussetzungen um längere kriegerische Auseinandersetzungen zu führen. Das soll nicht

bedeuten, dass es immer friedlich zuging, aber jeder Krieg erfordert gewisse Ressourcen (Waffen, Menschen die kämpfen und vor allem Menschen die arbeiten um die kämpfenden Menschen mit Essen und sonstigem versorgen). Die längste Zeit über war es notwendig, dass alle Menschen gleichermaßen arbeiten und nicht ein Teil der Bevölkerung von der Arbeit anderer leben konnte.

Erst mit der Errichtung der ersten Hochkulturen, der Herausbildung einer gesellschaftlichen Arbeitsteilung (nicht mehr alle Menschen waren Jäger*innen und Sammler*innen) und damit auch der Entstehung von gesellschaftlichen Klassen, kam es zu den ersten wirklichen kriegerischen Auseinandersetzungen. Die ersten kriegerischen Auseinandersetzungen waren zumeist Beutezüge, bei denen nicht selten Sklav*innen "erbeutet" wurden, die natürlich mehr Menschenmaterial für weitere kriegerische Handlungen bedeuteten. Mit der beginnenden Feudalgesellschaft im Mittelalter war vor allem die Ausweitung des eigenen Herrschaftsgebietes und die Inbesitznahme von mehr Land - und mehr Leibeigenen - der zentrale Grund für Kriege. Mit Beginn des Kapitalismus und vor allem des modernen Imperialismus war dann bald das zentrale Motiv die Inbesitznahme von Rohstoffen und was noch viel wichtiger war und ist Absatzmärkten.

Die beschriebenen Kriege waren eigentlich fast immer Kriege zwischen den diversen herrschenden Klassen der Gesellschaft, doch neben diesen Kriegen gab es auch immer Kriege der ausgebeuteten Klassen gegen die herrschende Ordnung. Sklav*innenaufstände wie der berühmte Aufstand von Spartakus im antiken Rom, die Bäuer*innenkriege im 16. Jahrhundert oder der englische Bürgerkrieg sind Beispiele dafür, dass sich die Unterdrückten und Ausgebeuteten auch militärisch gegen ihre Unterdrückung gewehrt haben. Hier wird recht schnell klar, dass nicht alle Kriege gleich zu beurteilen sind.

Zuerst einmal gibt es Kriege, in denen alle Seiten nur reaktionäre Ziele vertreten. Das klassische Beispiel hierfür ist der 1. Weltkrieg. Dort bemühten sich die in der Kolonisierung zu spät gekommenen Länder wie Deutschland und Österreich-Ungarn darum, die Weltordnung zu ändern um selbst Kolonien zu erlangen. Damals herrschten vor allem Großbritannien, aber auch Frankreich als imperialistische Ausbeuter. In diesem Krieg, in dem die eine Seite der Großmächte ihr geraubtes Hab und Gut gegen die andere Seite der Großmächte, die ihren "gerechten Anteil" an der globalen Ausbeutung erlangen wollten, "verteidigen" mussten, ist klar, dass Kommunist*innen auf keiner Seite stehen können. In dieser Zeit gingen viele vermeintliche "Sozialist*innen" auf die Seite ihres eigenen Vaterlandes über und verteidigten es. In Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Österreich unterstützten die sozialdemokratischen Massenparteien ihr eigenes Land im Kampf. Es wurde auf Streiks und gewerkschaftliche Kämpfe verzichtet um ja nicht die Kriegsanstrengungen zu behindern, die davor gepredigte internationale Einheit der Arbeiter*innenklasse wurde den "eigenen" Kapitalist*innen geopfert und Millionen junger Arbeiter*innen wurden in den bis dahin tödlichsten Krieg geschickt.

Dem stellten sich nur eine kleine, aber umso wichtigere, Zahl von Sozialist*innen und Kommunist*innen entgegen, allen voran die russischen Bolschewiki, die sich schon 1912 als eigene revolutionäre Partei konstituiert hatten. Ihre Taktik war - und wir halten diese auch heute noch für korrekt – dass in Konflikten zwischen Großmächten das Proletariat nicht die Seite des eigenen Landes, was in diesem Fall nichts anderes ist als die Seite der eigenen Ausbeuter*innen, ergreifen darf. Vielmehr muss es darum gehen den Krieg zwischen den imperialistischen Mächten in einen Krieg der Arbeiter*innenklasse gegen die Kapitalist*innenklasse umzuwandeln. Die Niederlage des "eigenen Vaterlandes" war dabei das kleinere Übel und musste in Kauf genommen werden um dem Krieg ein Ende zu setzen. Das nannte man auch revolutionären Defätismus - also die Notwendigkeit einzusehen, dass der Krieg fürs Land verloren werden, aber

gleichzeitig für die Klasse gewonnen werden kann. Der Erfolg dieser Taktik bestand darin, dass schließlich 1917 die Arbeiter*innenklasse und die Bäuer*innen die Macht ergriffen und sich daraufhin Russland aus dem 1. Weltkrieg zurückzog. Auch in anderen Ländern wie Deutschland oder Österreich gab es in den späten Kriegsjahren eine mächtige Bewegung gegen den Krieg.

Für heute hält die Feststellung, die Karl Liebknecht (linker Sozialist und Kämpfer gegen den Krieg) während des 1. Weltkriegs tätigte: "Der Hauptfeind steht im eigenen Land!" Das bedeutet, dass Kommunist*innen in erster Linie Feinde ihrer "eigenen" Kapitalist*innen sind und diese in den Mittelpunkt ihres Kampfes stellen, nicht die Kapitalist*innen befeindeter Nationen. Auch heute noch hält diese Aussage und ist für uns zentral: In militärischen Auseinandersetzungen an denen sich Österreich oder die EU beteiligt treten wir im Regelfall für deren Niederlage ein.

Doch es gibt Staaten, deren Stellung im internationalen System sie in eine neokoloniale Position bringt. Das bedeutet, dass sie in der internationalen, kapitalistischen Arbeitsteilung von reichen und mächtigen Nationen ausgebeutet werden, das trifft auf die meisten afrikanischen, südamerikanischen oder asiatischen Nationen zu . Die meisten afrikanischen Staaten haben sich Mitte des 20. Jahrhunderts ihre Unabhängigkeit erkämpft. Wie so oft waren dabei auch Aufstände, Rebellionen und Revolutionen notwendig um die Kolonialherren zu vertreiben. In Konflikten, in denen sich unterdrückte Staaten gegen nationale Unterdrückung zur Wehr setzen - wie in den antikolonialen Aufständen Afrikas, aber auch heute in Kurdistan oder Palästina - stehen wir in der Auseinandersetzung klar auf der Seite der Unterdrückten. Für uns ist diese Unterstützung nicht abhängig davon, dass die kämpfenden Massen bereits für eine sozialistische Politik gewonnen wurden - was im Normalfall nicht zutrifft - vielmehr geht es darum festzustellen wie sich diese Konflikte auf den internationalen Klassenkampf auswirken.

Um unsere Haltung zu Kriegen anhand praktischer, aktueller Beispiele zu verdeutlichen wollen wir uns zwei Situationen ansehen. Auf der einen Seite den syrischen Bürger*innenkrieg, auf der anderen den Krieg der von Saudi-Arabien angeführten Allianz gegen die Houthi-Rebellen im Jemen. Dem syrischen Bürgerkrieg gingen 2011 - angestoßen durch die Aufstände in Tunesien und Ägypten – massenhafte Demonstrationen gegen den Präsidenten Bashar Al Assad voraus. Diese legitimen Proteste wurden vom syrischen Regime blutig niedergeschlagen, daraufhin desertierten tausende Soldaten aus der syrischen Armee und gründeten die Freie Syrische Armee. Anfangs war es vollkommen legitim und notwendig sich militärisch gegen das Assad-Regime zu wehren, wir verteidigten deshalb auch den bewaffneten Aufstand gegen Assad und seine Armee. Doch im Laufe der Zeit gewannen immer mehr reaktionäre Kräfte auf Seiten der Aufständischen an Einfluss und heute ist der ehemals fortschrittliche Aufstand militärisch niedergeschlagen. Im Jemen konnten die sogenannten Houthi-Rebellen 2015 den reaktionären Präsidenten Hadi stürzen. Daraufhin griff das militärisch und wirtschaftlich übermächtige Saudi-Arabien, gemeinsam mit einigen anderen Ländern, die Houthi-Rebellen an. Bis heute wird es dabei logistisch von seinen westlichen Verbündeten (insbesondere den USA) unterstützt. Obwohl es sich bei den Houthi-Rebellen bei weitem nicht um Sozialist*innen handelt vielmehr sind sie kleinbürgerlich und religiös motiviert - lehnen wir den reaktionären von Saudi-Arabien geführten Krieg ab, denn er dient letztlich nur der nationalen Unterdrückung und der Sicherung der Vormachtstellung Saudi-Arabiens in der Region. Wir treten vielmehr für die militärische Niederlage ihrer Seite im Konflikt ein, auch wenn wir politisch keine Übereinstimmung mit den Houthi-Rebellen haben.

Wir leben heute in einer Welt in der Kriege – und zwar große Kriege zwischen den mächtigen Nationen – zwar nicht auf der Tagesordnung stehen und auch unmittelbar nicht anstehen, aber soweit diskutiert werden, dass es für die meisten Regierungen notwendig erscheint sich darauf vorzubereiten.. Die Militärausgaben aller großen Nationen, bis auf Russland, steigen. In Europa wird schon seit längerem über eine gemeinsame EU-Armee diskutiert (immerhin steht man militärisch gegenüber den anderen großen Blöcken, insbesondere China und den USA, schlecht da). In Japan wird die seit 1947 gel-"pazifistische" Verfassung "uminterpretiert" um militärisches Eingreifen zu ermöglichen. Die USA wollen unter Trump das Atomwaffenarsenal modernisieren und einen weiteren Zweig des Militärs ("space force") gründen. Diese Liste lässt sich fast beliebig lange fortsetzen. Sie soll verdeutlichen, dass sich die Herrschenden der Welt darüber im Klaren sind, dass militärische Auseinandersetzungen in der Zukunft wichtig sein werden und man sich schon heute darauf vorbereiten muss.

Wir leben heute in einer Welt in der China wirtschaftlich den USA mehr und mehr den Rang ablaufen kann und die USA in ihrer Weltmachtrolle. die sie seit 1945 und insbesondere seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion innehat, immer gefährdeter ist. Teile der amerikanischen herrschenden Klasse sind sich darüber bewusst, dass dieser Trend notfalls nur durch militärische Mittel aufzuhalten sein wird, immerhin haben die USA immer noch deutlich höhere Militärausgaben als China (700 Milliarden Dollar gegenüber 175 Milliarden Dollar), stehen geostrategisch wesentlich besser da (600 Auslandsmilitärbasen gegenüber einer von China) und dominieren das größte Militärbündnis der Welt (NATO). Auch mit Russland (Syrien, Ukraine) gibt es immer wieder ernsthafte militärische Reibereien in denen diese beiden Staaten unterschiedliche, sich bekämpfende. Parteien unterstützen. Zwar ist ein neuer Weltkrieg in absehbarer Zukunft nicht realistisch, nichtsdestotrotz bewegen wir uns tendenziell näher darauf hin als weiter davon weg.

Für uns als Jugendliche, die nicht wie unsere Großeltern und Urgroßeltern in Millionen auf den Schlachtfeldern dieser Erde sterben wollen, ist es notwendig schon heute gegen die Militarisierung in unserer Gesellschaft anzukämpfen. Wir müssen dafür kämpfen, dass die EU-Armee nicht umgesetzt wird, dass Österreich sich nicht an Auslandseinsätzen beteiligt und dass Österreich und die EU keine reaktionären Kriege (wie aktuell im Jemen) unterstützen. Wir müssen aber auch klar machen, dass ein Kampf gegen Krieg im Kapitalismus immer nur von kurzem Erfolg geprägt sein kann. Das kapitalistische Weltsystem mit seinem Kampf um Ressourcen. Arbeitskräfte und Absatzmärkte kennt keine langen Perioden von Frieden und letztlich müssen wir die materielle Ursache für Krieg abschaffen. Das bedeutet, dass wir für eine Gesellschaft kämpfen müssen, die nicht auf dem wirtschaftlichen Streben nach immer mehr und schnelleren Profiten aufgebaut ist, sondern vernünftig die Wirtschaft im Interesse der Menschheit plant. In der wir Jugendliche selbstbestimmt und ohne drohende Kriegsgefahr leben können. Das bedeutet, dass wir weltweit den Kapitalismus stürzen müssen!

WIDERSTAND DER JUGEND IM 2. WELTKRIEG

Die Jugend ist das Rückgrat jeder Gesellschaft. In Friedenszeiten ist sie die Zukunft, im Krieg ist sie Kanonenfutter. Kein Wunder, dass die Jugend immer zu den kritischsten und aktivsten Teilen der Bewegung zählt. Sie hat schließlich wenig zu verlieren und am meisten zu gewinnen.

Tina

Der 2. Weltkrieg ist ein Thema, welches in der Schule oft - manche würden sagen zu oft - behandelt wird. Man lernt, welche Kriegsteilnehmer*innen beteiligt waren, wie der Faschismus als Massenhysterie Europa überrollt hat und welche Greueltaten von den Nazis begangen wurden. Aber wo dann der Unterricht oft ins stocken gerät, ist bei der Thematisierung von Widerstand. Den katholischen und protestantischen Widerstand zu besprechen ist da wohl das höchste der Gefühle. Was oft ganz vergessen wird oder nur am Beispiel der Weißen Rose aufkommt, ist der Widerstand der Jugend im Nationalsozialismus. Die Jugend hat in Kriegszeiten eine sehr spezielle Rolle. Während sie in Friedenszeiten als billige Arbeitskraft oder in prekären Ausbildungsverhältnissen ohne politische Mitbestimmung ausharren muss stellt sie im Krieg einen Großteil der Menschen, die an die Front geschickt werden oder "freiwillige" Hilfsarbeiten leisten müssen. Ein Großteil der Jugendlichen ist dabei aber auch nicht unbedingt Teil von reichen Familien und vom Bildungsbürger*innentum sondern steht, wie die meisten, im Produktionsprozess klar auf der Seite der Arbeiter*innen. Um zu beleuchten, welche Rolle die jugendlichen Arbeiter*innen einnahmen, müssen wir uns anschauen, wie die Situation damals überhaupt aus-

Der 2. Weltkrieg begann formal am 1. September 1939 mit dem deutschen Überfall auf Polen, hatte aber natürlich eine längere Vorlaufzeit. Die Arbeiter*innenbewegung der Zwischenkriegszeit war stark, aber führungslos. Als einzige Orientierung diente die Sowjetunion, die ab 1923 immer mehr stalinistisch degenerierte. Das Kapital sah sich von dieser Übermacht der sozialistischen Bewegungen immer stärker bedroht. Faschistische Bewegungen entstanden, gestützt durch bestimmte Teile des Kapitals, und erlangten immer mehr Relevanz in Europa und in anderen Teilen der Welt. Die Arbeiter*innenbewegung schaffte es nicht, dieser Entwicklung genug entgegenzusetzen, nicht zuletzt wegen dem ständigen Verrat der stalinistischen Bürokratie. Diese entwickelte die sogenannte Sozialfaschismus-These. Diese besagt, dass Faschismus und Sozialdemokratie zwei Seiten der gleichen Medaille darstellen. Mithilfe dieser begründeten sie, warum mit der Sozialdemokratie nicht zusammenzuarbeiten sei. Nicht einmal um gemeinsam den Faschismus zu stoppen.

Sein Ende nahm der 2. Weltkrieg in Europa am 8. Mai 1945 und hinterließ Unmengen an zerstörtem Kapital, Städten und nicht zuletzt Leben. 60 bis 65 Millionen Menschen starben an direkten Auswirkungen des Krieges, vor allem Menschen, die aufgrund ihrer jüdischen Abstammung systematisch verfolgt und vernichtet wurden.

Doch wie sah die Rolle der jugendlichen Arbeiter*innen konkret aus?

Vor dem 2. Weltkrieg war ein relevanter Teil bereits in sozialistischen und kommunistischen Strukturen organisiert. Die größten Jugendorganisationen dieser Zeit waren diverse katholische Organisationen mit über einer Millionen Mitglieder und evangelische mit ca. 600.000. Die Gewerkschaftsjugend besaß zu diesem Zeitpunkt 400.000 Mitglieder. Der kommunistische Jugendverband Deutschlands (KJVD) und die sozialistische Arbeiterjugend (SAJ) hatten gemeinsam ca. 110.000 Mitglieder. Diese Gruppierungen, die der Sozialdemokratie und der kommunistischen Partei nahestanden konnten sehr bald nach Hitlers Machtergreifung nicht mehr legal politisch arbeiten. Der Nationalsozialismus hatte klare Vorstellungen davon wie wichtig es war die Jugend für sich zu gewinnen und andere politische Organisierung zu verunmöglichen. Die allermeisten Gruppierungen und Einzelpersonen gingen fließend, aber nicht immer freiwillig, in die Hitlerjugend über, die schließlich auch bis zu 95% der deutschen Jugendlichen organisierte. Man kann sich vorstellen, dass ca. ein Drittel des gesamten Widerstandes in der NS-Zeit in Deutschland der Arbeiter*innenbewegung zuzuordnen sei. Leider wurde das mit harter Repression bestraft, weshalb sich ein guter Teil des Widerstandes in die KZs verlegte. Ein wichtiger Verlust für die Gegenbewegung waren auch die Menschen die 1936 nach Spanien gingen um dort gegen den Faschismus zu kämpfen. Berechtigterweise, schließlich hätte ein Sieg

dort sicherlich einiges im Mächteverhältnis Europas verändert. Leider fielen aber auch einige von ihnen dort an der Front, oder den Feinden in die Hände. Einige gingen auch weiter ins Exil.

Ähnliche "Probleme" hatte die jüdische Arbeiter*innenjugend. Vor allem die politisch aktiven Menschen unter ihnen ahnten die drohende Gefahr und emigrierten sobald wie möglich. Widerstand im KZ und Artikel aus dem Exil war der Großteil der beigetragen werden konnte. Der Aufstand im Warschauer Ghetto ist ein gutes Beispiel für ersteres - er konnte nur durch die Inbrandsetzung der Wohnbezirke durch die Nationalsozialist*innen aufgehalten werden In Österreich war die Situation ebenfalls sehr schwierig. Hier prägte allerdings der Austrofaschismus und die vorhergehende Periode des Schutzbundes und der Heimwehr viel mehr die Organisierung der klassenbewussten, jugendlichen Arbeiter*innen. Auch diese Gruppen wurden kriminalisiert bzw. gingen später in den Gruppen des nationalsozialistischen Regimes auf. In Österreich waren ungefähr 100.000 Menschen am Widerstand beteiligt, obwohl nur ein relativ geringer Teil aktiv agierte.

Nicht nur die Organisierungssituation war schwierig. Mit dem Nationalsozialismus und dem 2. Weltkrieg verschlechterte sich auch die wirtschaftliche Situation dramatisch. Dies konnte am Anfang durch Hitlers Blitzkriegstrategie (die nicht so viele Ressourcen wie langfristig geplante Kriegsführung bedurfte) abgewandt werden. Die Zivilproduktion wurde nicht übermäßig auf Kriegsproduktion umgestellt. Das passierte erst nachdem klar war, dass man gegen die Alliierten härtere Geschütze auffahren musste. Es ist also zusammenfassend zu sagen, dass die Beteiligung an kommunistischen Gruppen verboten war, die Jugend heftig eingebunden, entweder Kriegshilfsdienst (durch die HJ) zu leisten oder sogar direkt an die Front geschickt wurde. Und wenn diese Sachen kein Problem darstellten, mussten die jungen Menschen immer noch ihre Familien durch die Strapazen der Kriegswirtschaft durchfüttern. Das ist keine Entschuldigung, macht es aber vielleicht nachvollziehbarer,

warum der Widerstand im Nationalsozialismus ein bestimmtes Maß nicht überschritt.

Doch trotz dieser heftigen Repression fanden die Gruppen und Leute Möglichkeiten sich gegen das faschistische Regime zur Wehr zu setzen. Die Formen des Widerstands und die Gruppen und Einzelpersonen, die diesen ausübten sind beide sehr unterschiedlich und auch verschieden wirksam. Man kann im Grunde zwischen verschiedenen Formen des Widerstandes unterscheiden.

Ziviler Ungehorsam ist die Form des Widerstandes in der man sich passiv widersetzt. Dies kann sich zum Beispiel darin äußern, die Hitleriugend zu boykottieren oder im Geheimen Subkulturen auszuleben, die unter Nationalsozialismus verboten waren, z.b. die Swing-Jugend, die einen Zusammenhalt durch das gemeinsame Interesse an "entarteter" Musik aufbauten. Selbst diese Gruppen wurden stark kriminalisiert und marginalisiert, da solche Aktionen eine verglichen geringe Hemmschwelle boten und durchaus moralisch zersetzend auf das Regime wirkten. Doch konnte ein Großteil der Jugendlichen durch geschickte Propaganda und Einschüchterung von solchem Verhalten abgehalten werden.

Des weiteren gab es Versuche verbotene Vereine und Gruppen aufrecht zu erhalten. Dies betraf zum einen die kommunistische Bewegung, die aber zum größten Teil getötet wurde, oder sich im Exil auf der ganzen Welt verstreute. Interessanterweise versuchte auch ein Teil der Pfadfinder sich in der sogenannten Wandervogelbewegung zu organisieren. Letzteres ist natürlich in sich unpolitischer und wäre nicht unmittelbar existenzbedrohend für den Faschismus, aber eine gewisse Bedrohung wäre es dennoch. Schließlich verstand der Faschismus sich sehr gut darauf jede Situation und Lebenslage ausfüllen zu können. Speziell in der Jugend war das sehr zentral, wie man schon am hohen Organisierungsgrad sieht.

Zuletzt der vermutlich wichtigste Widerstand: der aktive. Aktive Befehlsverweigerung, Organisierung von Veranstaltungen, Demonstrationen und Streiks sowie Verteilung von antifaschistischer Propaganda und Flugblättern. Nicht nur ist dies die gefährlichste sondern auch die wirkungsvollste der hier aufgeführten Formen des Widerstandes. In der Schule hört man viel von der weißen Rose (die auch tatsächlich Jugendliche waren, wenn auch keine Arbeiter*innen) und von Priestern, oppositionelle Gottesdienste abhielten. Tatsächlich war aber der Widerstand der Arbeiter*innen, wie bereits erwähnt, der wichtigste der Opposition. Diese Tatsache wird leider viel vergessen. Das hat sicherlich viel mit der anti-kommunistischen Geschichtsschreibung nach dem 2. Weltkrieg zu tun. Wir sollten nicht vergessen diese Defizite aufzuarbeiten. Um dies zu verdeutlichen. versuchen wir anhand von Einzelschicksalen und Gruppen aufzuzeigen, was speziell junge Arbeiter*innen im Widerstand leisteten. Schon vor 1933 wurden Straftaten bzw. systematisch geplante Morde an relevanten Personen der Arbeiter*innenbewegung verübt. Im Juli 1932 wurde, anlässlich einer Rede Hitlers. Polizeischutz über einige Dörfer in der Nähe von Stralsund, so auch Negast gelegt. Besonders gefährdet von den hier nun aufmarschierenden NSDAP Mitgliedern war ein Ferienlager der Roten Falken, einer sozialdemokratischen Jugendorganisation. Unter der Leitung des jungen Greifswalder Lehrers Karl Krull, der das Lager verwaltete, versammelten sich einige Arbeiter*innen hier um die Kinder zu beschützen. Karl Krull wurde, nachdem das Lager von Polizeiformationen umstellt worden war, durch einen Kopfschuss getötet. Angeblich hatten die zusammengekommen Arbeiter*innen einen Anschlag auf die Kundgebung Hitlers geplant, weshalb auch einige verurteilt wurden. Dokumente belegen, dass Karl Krulls Tod durchaus geplant war - die Täter kamen ungeschoren davon. Ein weiteres Beispiel einer jungen Arbeiterin die sich auch einer der bekannten Gruppen des Widerstandes anschloss, war Cato Bontjes van Beek. Als gelernte Keramikerin aus kommunistischem Haushalt war es nur eine natürliche Folge, dass sie sich gegen die Unmenschlichkeit des Naziregimes auflehnte und ihre gan-

ze Kraft im Widerstand einsetzte. Gemeinsam mit dem Vater. Jan Bontjes van Beek, schloss sie sich in den Jahren des 2. Weltkriegs der Widerstandsgruppe rund um Harro Schulze-Boysen und Dr. Arvid Harnack an. Diese war eine der größten deutschen Widerstandsgruppen, nach der unter dem Namen "Rote Kapelle" gefahndet wurde. Der Name kommt von der Geheimsprache im Funk. Jemand der Morsezeichen tippt (in dem Fall, wie die Nazis dachten, illegal an die Sowietunion) wurde als Pianist bezeichnet. Mehrere Pianisten bildeten eine Kapelle. Die Arbeit der Gruppe war aber nicht nur auf Weiterleitung von Informationen ausgelegt, sondern vielmehr auf Öffentlichkeitsarbeit, illegale Zeitungen und Aktionen. Auch war nur ein Teil der Gruppe tatsächlich "rot", also kommunistisch. Die Gruppe hatte auch einige junge Mitstreiter*innen. Von den 56 bekannten Mitgliedern, die 1942/43 hingerichtet wurden, waren 11 unter 30, zwei sogar unter 20. Cato Bontjes van Beek war eine von ihnen. Die 22-jährige wurde am 5. August 1943 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Natürlich gab es auch Gruppen mit dezidiert kommunistischem Hintergrund. Mit weniger Zeit und weniger Lehrpersonal verschlechterte sich die Bildungssituation der Jugend gewaltig. In der Hitlerjugend wurde der Krieg verherrlicht und als notwendiges Element gepriesen. Doch trotz der Verblendung der jugendlichen Werktätigen kristallisierten sich immer wieder aufs Neue antifaschistische Teile heraus. So war zum Beispiel die Jugendgruppe um Heinz Kapelle und Erich Ziegler, die in einigen Betrieben verankert waren verantwortlich für das Flugblatt: " Ich rufe die Jugend der Welt", dass sie 1939 publizierten. In dem hieß es: "Jetzt hat der Führer das deutsche Volk und die deutsche Jugend

auf den Weg gebracht, der zur Katastrophe führt. (...) Weigert euch, Munition herzustellen. Je schneller ihr handelt, desto kürzer ist der Krieg!". Die Gruppe entstand aus dem Kommunistischen Jugendverband.

Auch in Österreich war der kommunistische Widerstand sehr wichtig. 50% der Verurteilten im Nationalsozialismus waren Kommunist*innen und 90% aller illegalen Druckereien gehörten ihnen. Bis 1941 betrug das Durchschnittsalter der wegen Hochverrats angeklagten bei 30 Jahren. Also ein relativ junger Schnitt. In Österreich gab es ein starkes Netz von im Untergrund aktivem Widerstand, der durch die Phase des Austrofaschismus schon Übung mit der illegalen Arbeit hatte. Ein Beispiel war die Sozialistische Arbeiter-Jugend, aber auch der Kommunistische Jugendverband, die im Nationalsozialismus Widerstand leisteten. Zwei wichtige Funktionärinnen stehen beispielhaft für die Tragik der jugendlichen Widerstandskämpfer*innen dieser Zeit. Die erste war Stefanie Kunke, die im Zentralkomitee der SAJ war und wegen Verbreitung sozialistischer Literatur (speziell unter Schüler*innen) mehrmals ins Gefängnis musste, bis sie 1938 wegen ihrer anhaltenden politischen Aktivität in das KZ Lichtenburg verfrachtet wurde. Von dort nach Ravensbrück und später nach Ausschwitz-Birkenau überstellt verstarb sie 1943 im KZ.

Ein sehr tragisches Schicksal erlitt auch Rosa Gräf, die schon sehr früh begann sich am Kommunistischen Jugendverband zu beteiligen. Sie war Arbeiterin, die gerade die Ausbildung zur Schneiderin abschloss und illegale Flugschriften verbreitete, sowie an der Herausgabe des "Soldatenrates", einer illegalen Zeitung, die Wehrmachtsoldaten zum Desertieren aufforderte, beteiligt war.. Sie und zwei andere Genoss*innen

wurden 1942 festgenommen. Gräf war zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal 18. Doch wegen der NS-Verordnung zum Schutze gegen jugendliche Straftäter, stellte ihr Alter kein Hindernis für die Höchststrafe dar. Sie wurde im Jänner 1944 als 18-jährige hingerichtet.

Diese Einzelschicksale sind tragisch, aber auch motivierend. Motivation dafür, dass wir so etwas nie wieder passieren lassen dürfen. Wichtig ist es anzuerkennen, dass solche Dinge immer wieder passieren können, wenn es keine bewusste und organisierte Arbeiter*innenklasse gibt, die sich der Entwicklung des Faschismus in den Weg stellt. Die Frage von Organisierung und politischer Verfolgung ist eine die, wie vorher hoffentlich veranschaulicht, ein drastisches Problem für den Widerstand darstellt. Die Probleme der Vergangenheit, die von sektiererischem Verhalten der Stalinist*innen geprägt waren, aber auch vom Versagen der restlichen Linken, müssen anerkannt und bilanziert werden. Die Jugend hat in Zukunft die Aufgabe zu korrigieren was die ältere Generation nicht schaffte und zu erkennen das die Bekämpfung des Faschismus gemeinsames Klasseninteresse ist. Das heißt innerlinke Streitigkeiten müssen für diesen Kampf zugunsten einer Antifaschistischen Einheitsfront beiseite gelegt werden. Ein Sieg gegen den Faschismus ist nicht nur ein Sieg der Jugend, es ist ein Sieg der Arbeiter*innenklasse weltweit, mit ihm geht auch ein Sprung im Bewusstsein einher, der 1933 gefehlt hat. Wir sind momentan in keiner Situation. wo solche Pläne konkret Anwendung finden könnten, aber die globalen Entwicklungen sollten uns auf jeden Fall wachsam bleiben lassen. Denn wer bestimmt unsere Zukunft, wenn nicht wir?



UMWELT UND KRISE

Über drohende Handelskriege und sich zuspitzende Weltspannung verliert man oft den Blick darauf, wer neben den Menschen, dadurch am meisten in Mitleidenschaft gezogen wird.

Revo Deutschland

Die Welt geht den Bach runter. Seit Anbeginn der kapitalistischen Epoche wurde durch Überausbeutung der Erde unsere Lebensgrundlage heruntergewirtschaftet und immer weiter zerstört. Klimaveränderung, Naturkatastrophen sind die, in erster Linie von Menschenhand gemachte, Folge.

Viele Menschen erkennen die Gefahr und wollen das nicht mehr länger hinnehmen.

Kapitalist*Innen und Regierungen als deren oberste Vertretung sehen das meist anders oder wollen diese Problematik herunterspielen. Das sieht man vor allem daran, dass auch nach der Katastrophe von Fukushima 2011 viele Länder immer noch auf Kernkraft setzen, obwohl nicht nur der dadurch produzierte Atommüll, für den noch keine Lösung gefunden werden konnte, sondern der Betrieb an sich eine Gefahr für Mensch und Natur birgt. Ein anderes Beispiel hierfür ist die immer weiter voranschreitende Abholzung des Regenwaldes, die somit auch noch die Existenz indigener Völker bedroht, nur um weiter den Profiten hinterherzujagen.

Menschen entscheiden sich aus eben diesen Gründen für Produktboykott, Gegenstände zu re- oder upzucyclen, ihren Müll zu reduzieren und und und....

Die Umwelt zu retten, ist "In"! Und das ist auch gut so. Viele Menschen boykottieren dafür bestimmte Produkte, seien es bestimmte Tierprodukte oder Firmen wie Coca-Cola oder Nestlé. Bewusster Verzicht ist gerade bei jungen Leute zum Teil der "Popkultur" geworden, supportet von DIY-Tipps der NGOs u.a.- von "Atomausstieg selber machen" bis Veganismus gegen den Welthunger, ist alles dabei.

Allerdings dürfen diese guten Absichten und Ansätze nicht dazu führen, dass der eigene Anteil zur Bekämpfung von Umweltzerstörung damit getan ist. Sie verschleiern nämlich die Ursachen der Umweltzerstörung. Denn gegen Klimawandel zu sein, ist keine "individuelle Sache", sondern eine Klassenfrage. Denn die herrschende Klasse kann sich aussuchen in welcher Klimazone sie wohnt, die Arbeiter*Innenklasse nicht. Es bringt also nichts, wenn man versucht, sich dem alleine zu stellen.

Bewusster Konsum: ja bitte! Doch kann dies nicht das Ende der Reise im Kampf gegen Umweltzerstörung sein. Denn ob man die Erde "rettet", wird nicht beim Einkaufen entschieden, sondern auf der Straße! So etwas wie grünen Kapitalismus gibt es nicht. Nur wer die gesellschaftlichen Produktion, die Ümweltzerstörung hervorgebracht haben, kontrolliert, kann letzten Endes auch nachhaltig was für diesen Planeten oder gegen Massentierhaltung tun. Als Einzelperson, die lediglich seinen*ihren eigenen Konsum regelt, erreicht man nichts. Gemeinsam hingegen viel!

Braunkohle und Atomkraft, die Kernelemente der Energiefrage, aber auch der Umweltzerstörung, werden stets als alternativlos hingestellt. Massentierhaltung und die Verabreichung von Medikamenten an die Tiere, um Tierprodukte zu ei-

nem Spottpreis zu verkaufen, ja als Kapitalist*Innen konkurrenzfähig zu bleiben, ebenso. Dabei gibt es längst Alternativen: Der technische Fortschritt hat uns an den Punkt gebracht, wo bspw. Solarenergie nicht mehr nur Zukunftsmusik ist. Da die Gewinnspanne weiterhin geringer als bei den fossilen Energien ist, verläuft der Umstieg zu schleppend, doch der Klimawandel fordert entschlossenes Handeln.

Und was den übertriebenen Fleischkonsum sowie damit einhergehende Folgen für die Umwelt angeht, ist dieser auch nur Auswuchs einer Wohlstandsgesellschaft, die sich in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat. Doch allein der Begriff Wohlstandsgesellschaft deutet an: Nicht alle bekommen etwas von dem Kuchen bzw. dem Fleisch ab. Überkonsum bleibt ein Phänomen derer, die es sich leisten können und der Rest bleibt außen vor. Dies gilt vor allem im globalen Rahmen. Kein Wunder also, dass auch die Konsumkritiker*Innen zumeist aus der Mittelschicht kamen.

Aus der Umwelt und aus der Ware Arbeitskraft wird Mehrwert, sprich Profit für die Kapitalist*Innen geschöpft. Die Kosten für das erwirtschaften von Profiten sollen dabei so gering wie möglich gehalten werden. Im Gegensatz zu den zumindest teilweise organisierten Arbeiter*Innen kann sich die Umwelt nicht wehren. Für Ihre Erhaltung einzutreten, um damit unsere Lebensgrundlage zu sichern, ist deshalb immer eine Aufgabe von Linken im Kampf für die Revolution! Das Ende der Ausbeutung der Umwelt sowie ein Leben in Einklang von

Mensch und Natur ist nur möglich wenn auch die Ausbeutung der Arbeiter*Innen ein Ende hat. Denn nur wenn der Profitzwang beseitigt ist, der durch die kapitalistische Wirtschaft bedingt ist, kann die Lebensmittel- sowie Energieproduktion bedarfsorientiert und nicht profitorientiert sein und das kann nur funktionieren, wenn die Produktion von Arbeiter*Innen demokratisch kontrolliert wird. Natürlich ist die Produktionsstätte nur der kleinste Teil einer Einheit. Auch der Staat muss dafür in Arbeiter*Innenhand gebracht werden.



Wir fordern:

- Gegen den Trend des individuellen Kampfes. Lasst uns organisieren, vernetzen und die Umweltrage gemeinsam angehen!
- Schluss mit der Ausbeutung der Umwelt! Nachhaltigkeit statt Profit!
- Für strikte Kontrollen und hohe Strafgelder oder Enteignung bei zu widerhandeln für umweltverschmutzende Firmen. Die imperialistischen Staaten sollen für die von ihnen verursachten Schäden bezahlen!
- Für die Produktion in Arbeiter*Innenhand! Für die Demokratisierung der Wirtschaft!

Fakten zur Umweltzerstörung

- 1. 2017 lag der Kohlendioxidwert im Jahresmittel bereits bei etwa 405 Teilen CO2 pro Million Luftteilchen . Das ist die höchste CO2-Konzentration seit mindestens 800.000 Jahren, sie liegt rund 41% über dem vorindustriellen Niveau.
- 2. Vier Fünftel der Gebirgsgletscher, die weltweit von Forschern beobachtet werden, verlieren aktuell an Eismasse.
- **3.** In den letzten 30 Jahren lag die Zahl der Tage mit Hochwasser-gefahren-potenzial in Deutschland um das 2 bis 3 fache über den Werten zu Beginn des letzten Jahrhunderts.
- **4.** Weltweit hat sich seit 1980 die Zahl schadensrelevanter Naturereignisse insgesamt etwa verdreifacht.
- **5.** Seit 1950 wurden 8,3 Mrd. Tonnen Kunststoff (Vgl.: entspricht dem Gewicht von 80.000.000 Blauwalen) erzeugt
- **6.** Die Herstellung von Plastik erfordert rund 8% der weltweiten Ölproduktion. 2050 könnte der Wert schon bei 20% liegen.
- 7. In weiten Teilen des Meeres gibt es mittlerweile 6 Mal mehr Plastik als Plankton.
- 8. Jeder sechste Tod weltweit hängt mit Umweltverschmutzung zusammen.

"Der Hauptfeind des deutschen **Volkes steht in Deutschland:** der deutsche Imperialismus, die deutsche Kriegspartei, die deutsche Geheimdiplomatie. Diesen Feind im eigenen Lande gilt's für das deutsche Volk zu bekämpfen, zu bekämpfen im politischen Kampf, zusammenwirkend mit dem Proletariat der anderen Länder, dessen Kampf gegen seine heimischen Imperialisten geht."

Karl Liebknecht, 1916